



Die Prinz-Leopold-Kaserne: Auch auf dieser Fläche soll nach dem Willen der CSU bezahlbarer Wohnraum entstehen.

Archivfoto: altfoto.de

CSU: Ganz schnell Wohnraum schaffen

ENTWICKLUNG OB Schaidinger und Fraktionsboss Schlegl planen: Auf dem Gelände der früheren Leopold- und der Pionierkaserne sollen Wohnungen entstehen.

VON ERNST WALLER, MZ

REGENSBURG. Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen zur Schaffung von „bezahlbarem Wohnraum“ trat die CSU gestern an die Öffentlichkeit. Herzstück des Plans, den OB Hans Schaidinger und Fraktionschef und OB-Kandidat Christian Schlegl präsentierten: Die Stadt soll die rund 30 Hektar große Fläche der ehemaligen Leopold- und der Pionierkaserne im Stadtosten beim Gleisdreieck kaufen und für eben jenen „bezahlbaren Wohnraum“ zur Verfügung stellen.

Schon einmal die Zähne gezogen

Profitieren sollen davon in erster Linie Familien, Alleinerziehende und Studenten. Der OB wird möglichst rasch in Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) treten. Seit rund zwei Wochen liegt der Stadt ein Schreiben der Bima vor, die die früheren Kasernenflächen vermarktet. Darin werde die Stadt gefragt, ob sie die Flächen kaufen wolle, sagte OB Hans Schaidinger. Ein halbes Jahr hat die Stadt Zeit; wenn sie ablehnt,

werden die Flächen ausgeschrieben. Doch die Stadt wolle wie schon beim Gelände der früheren Nibelungenkaserne zugreifen. Hier würden etwa 800 bis 1000 Wohnungen entstehen. Der OB zeigte sich zuversichtlich bezüglich der Verhandlungen mit der Bima, der die Stadt „schon bei der Nibelungen-Kaserne die Zähne gezogen hat“.

Christian Schlegl sprach angesichts dieses Vorhabens von einem „deutlichen Signal für den Wohnungsmarkt“. „Bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen, sei ein „klassisches CSU-Thema“, das die Partei in Regensburg noch forcieren wolle. Wie ernst die CSU und die Stadt dieses Thema nehmen, machte auch Schaidinger deutlich.

Mehrmals die Woche spreche er mit Schlegl darüber, sagte der OB, mit Blick auf die derzeit laufenden Projekte der Stadtbau, zum Beispiel in der Plato-Wild-Straße und auf dem Gelände der früheren Zuckerfabrik.

Schaidinger hatte da auch noch einen Seitenhieb für den politischen Gegner parat: Im Gegensatz zur SPD, die sich auf Mieterpolitik beschränke, betreibe die CSU Regensburg Wohnungspolitik und Mieterpolitik, sagte er. Die Wohnungspolitik der SPD beschränke sich auf Attacken gegen den Geschäftsführer der Stadtbau, Joachim Becker, so der OB. Der Oberbürgermeister verwies in diesem Zusammenhang auf die kontinuierlich steigen-

den Baukosten: Im Jahr 2003 habe die Stadtbau bei Neubauten noch rund 1300 für den Quadratmeter zahlen müssen, so waren es im letzten Jahr bereits 2300 Euro.

Personal gezielt aufstocken

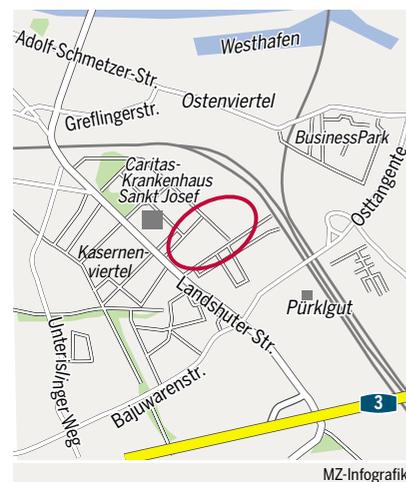
Welche Flächen in welcher Größe die Stadt kauft, ob wie viel sie selbst baut, wie möglicherweise Flächen vergeben werden: All das werde erst im zweiten Schritt entschieden; dann werde auch der Koalitionspartner und auch der Stadtrat eingebunden, sagte Schlegl auf MZ-Anfrage. Im jetzigen Stadium gehe es um den raschen Verhandlungseinstieg mit der Bima.

Neben den ehemaligen Kasernenflächen setzt die CSU auf weitere Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. So sollen beispielsweise in der Verwaltung durch gezielte, befristete Personalaufstockung Engpässe im Planungsprozess beseitigt werden. Bei der Nibelungenkaserne werde die Vergabe an Bauträger so geregelt, dass derjenige den Zuschlag erhalte, der den meisten günstigen Wohnraum schaffe. Das entsprechende Konzept für dieses „Regensburger Modell“ werde ihm die Verwaltung noch vor der Sommerpause vorlegen, sagte der OB. Das Konzept will sich Schaidinger dann in den Urlaub mitnehmen und durchackern. Beim der CSU so wichtigen Thema „bezahlbarer Wohnraum“ soll es ganz schnell gehen, machte Schlegl deutlich.

STANDORT UND KAPPUNGSGRENZE

► Die Leopold- und die Pionierkaserne befinden sich im Osten der Stadt in der Nähe von Landshuter Straße, Zeißstraße und Daimlerstraße. Die ins Auge gefasste Fläche umfasst rund 30 Hektar.

► Christian Schlegl stellte noch ein weiteres Vorhaben vor. Er möchte bei der Stadtbau eine „freiwillige Kappungsgrenze“ einführen. Die sieht vor, dass die Mieten bei der Stadtbau innerhalb von drei Jahre nicht mehr als 15 Prozent steigen dürfen. Darüber möchte Schlegl in der kommenden Woche mit dem Geschäftsführer der Stadtbau, Joachim Becker, sprechen. Die Regelung soll gelten, bis eine offizielle Kappungsgrenze eingeführt wird, sagte Schlegl.



MZ-Infografik